

ULI SCHÖLER

Der unbekannte Paul Levi?

Vor Jahresfrist wurde in *UTOPIE kreativ* Paul Levi wiederentdeckt. Jörn Schütrumpf unternahm den sympathischen Versuch, Unabgeholtenes in dessen Politikverständnis für das politische Wirken der PDS fruchtbar zu machen.¹ An anderer Stelle unternimmt Heinz Niemann – allerdings trotz wohlwollender Würdigung des Textes von Schütrumpf mit eher entgegengesetzten Intentionen – einen ähnlichen Anlauf.² Nun steht es einem Sozialdemokraten mit Sicherheit nicht an, einer anderen Partei Vorschriften darüber machen zu wollen, auf welche politischen Denker sie sich bezieht und welche Lehren sie daraus ziehen will. Erlaubt sollte allerdings schon sein, auf eine Reihe von auffälligen Defiziten aufmerksam zu machen, die sich bei der Lektüre beider Texte einstellen.

Schütrumpf stellt an den Ausgangspunkt seiner Überlegungen die These, dass gegen Lenins »Rat«, man solle alles vermeiden, was für diesen Levi »unnötigerweise Reklame« mache, bis zum heutigen Tage auffallend selten verstoßen werde, nicht nur von den Kommunisten – hier ist wohl ein Teil der PDS und die DDR-Geschichtsschreibung gemeint –, sondern von den Deutschen überhaupt. Er listet dann zwar eine Reihe von Arbeiten auf, die – insbesondere in den achtziger Jahren – in der Bundesrepublik zu Levi erschienen sind. Sein Fazit bleibt aber: Die deutsche Linke sei letztlich Lenins Verdikt gefolgt.³

Ähnlich in dieser Hinsicht Niemann: Er konstatiert zunächst die apologetische Behandlung durch die DDR-Geschichtsschreibung als »Renegat« und »Verräter« (die seltsam abstrakt bleibt, schließlich hatte Niemann seinen Anteil daran). Für Levi spreche aber, dass sich die westdeutsche Geschichtsschreibung – aus anderen Gründen als die der DDR – mit ihm schwer getan habe; die SPD habe ihn möglichst völlig totgeschwiegen.⁴ Niemanns bis heute überdauernde eigene apologetische Haltung erfährt insofern nur eine Akzentverschiebung. Früher galt es, mit Lenin den »Renegaten« Levi zu brandmarken, heute ist es der »Marxist« Levi, der gegen *die SPD*, die es so nie gegeben hat (sie bestand immer aus Strömungen und Flügeln), verteidigt werden muss. Dass Levi bis auf gut drei Jahre seines Lebens *Sozialdemokrat* war, bleibt damit auf seltsame Weise ausgeblendet.⁵

Freundlich ausgedrückt, lässt sich an beiden Texten zunächst einmal nur ablesen, dass es – in diesen wie in anderen Fällen – Autoren und Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR bis heute an einer genaueren Kenntnis der historischen wie politikwissenschaftlichen

Uli Schöler – Jg. 1953; Dr. habil rer.pol., Jurist und Politikwissenschaftler; Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; ehem. Sekretär der Historischen und der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD; Mitglied des Redaktionskreises der Theoriezeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«; letzte größere Veröffentlichungen: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Berlin/Bonn 1999; Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker, Opladen 2001 (mit Friedrich-Martin Balzer und Hans-Manfred Bock)

1 Jörn Schütrumpf: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: *UTOPIE kreativ*, H. 150, April 2003, S. 330 ff.

2 Heinz Niemann: Paul Levi in

unserer Zeit, in: Geschichtskorrespondenz. Mitteilungsblatt des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, 10 (2004), Nr. 1, S. 17 ff.

3 Schütrumpf 2003, S. 331. Bei seinem Text fällt zudem auf, dass er sich – was die Schriften Levis betrifft – fast ausschließlich auf die entsprechende bundesrepublikanische Sammelpublikation bezieht; zu Lenins Diktum bereits kritisch Uli Schöler: Lenin – Luxemburg. Alles was links ist fängt mit L. an, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (2000), H. 1-2, S. 37.

4 Niemann 2004, S. 18. Wie der Autor zu der (Selbst)Einschätzung kommen kann, erst in der – von ihm 1982 herausgegebenen – »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« (vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Berlin 1982 hier zit. nach der Ausgabe Frankfurt 1982) sei man Levi besser gerecht geworden als in der parteioffiziellen achtbändigen Geschichte der Arbeiterbewegung von 1966, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Wörtlich genommen könnte es ja heißen, 1966 sei man ihm bereits gut gerecht, und dann 1982 eben besser gerecht geworden, aber das scheint er nicht zu meinen. Ernsthaft: Wer in diesen Band schaut, wird sich schnell davon überzeugen können, dass hier die gängige marxistisch-leninistische Parteilsgeschichtsschreibung präsentiert wird, in der die Sozialdemokratie generell unter dem Begriff des Opportunismus abgehandelt wird (vgl. nur den Abschnitt »Die neuen Wirkungsbedingungen des Opportunismus nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, S. 66 ff.). Der Spaltungsprozess der USPD und Levis Kritik daran werden schlichtweg ausgeblendet, auch seine Herausgabe von Rosa-Luxemburgs Broschüre »Die russische Revolution« Ende 1921. Levis Rolle wird nur dann gewürdigt, wenn er als kritischer Kronzeuge gegen die Politik der SPD-Führung brauchbar erscheint. Seine Kritik an der Putschtaktik der KPD im März

Literatur der alten Bundesrepublik (und ebenso der angelsächsischen Literatur) mangelt. Dies beginnt bereits mit so eigenartigen Wertungen wie der, Sibylle Quack habe eine »eigenständige Levi-Forschung« begründet, die allerdings wenig Fortsetzung gefunden habe.⁶ Davon kann keine Rede sein. Was beide Autoren dagegen übersehen, ist die Tatsache, dass die Auseinandersetzung mit der Person und den Positionen Levis (über die wenigen von ihnen rezipierten Arbeiten hinaus) in eine Vielzahl von Arbeiten Eingang gefunden hat⁷, die sich mit der zeitgenössischen Geschichte der KPD⁸, der von Levi gegründeten Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG)⁹ wie der USPD¹⁰, der SPD¹¹, insbesondere ihres linken Flügels¹² und seiner Publikationen¹³ sowie – in den neunziger Jahren – dem Verhältnis von jüdischen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung¹⁴ vor und in der Weimarer Republik befassen.¹⁵ Fast überflüssig zu erwähnen, dass ein Großteil dieser Arbeiten im wissenschaftlichen Umfeld der Sozialdemokratie entstanden sind und im wesentlichen auch nur dort rezipiert und debattiert wurden.

Beiden ist auch nicht bekannt, dass sich die auch heute noch existierende linkssozialdemokratische Zeitschrift *SPW* ihren Namen in Anlehnung an das historische Vorbild von Levis zeitgenössischer Korrespondenz gegeben hatte¹⁶, was im übrigen – im Zusammenhang mit einer Ende der siebziger Jahre in der sozialdemokratischen Linken einsetzenden Neurezeption des historischen »Austromarxismus«¹⁷ – zu einer heftigen Auseinandersetzung über den möglichen Vorbildcharakter von Levis Positionen für linke Sozialdemokraten innerhalb der verschiedenen Strömungen und Zeitschriften der Jungsozialisten führte.¹⁸

Schließlich, und das ist aus meiner Sicht – hoffentlich verständlicherweise – besonders bedauerlich, ignorieren beide Autoren vollständig alle die Arbeiten, die sich mit der zeitgenössischen Perzeption der sowjetrussischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen, in denen die Positionen Levis breit und kritisch diskutiert werden.¹⁹ Daraus resultieren im übrigen eine Reihe von Fehlurteilen, die sich auf Levis Positionsbestimmungen im Zusammenhang mit der sowjetrussischen Entwicklung im einzelnen beziehen, was noch zu zeigen sein wird. Bei Schütrumpf erscheint er als hellsichtiger Visionär, der mit einer konsistenten Kritik die Fehlentwicklungen vorausgesehen und analysiert hat, ohne die Brüche und Schwachstellen in dessen Analyse und Argumentation zur Kenntnis zu nehmen. Für Niemann ist eine andere Feststellung wichtig, die wohl mehr über seine nostalgischen Beharrungswünsche, als über Levi aussagt: »Zum Feind der Sowjetunion hat er sich nicht machen lassen.«²⁰ Die darin zum Ausdruck kommenden oberflächlichen bis Fehlurteile resultieren auch daraus, dass sich beide Levi auf einer ausgesprochen begrenzten Quellenbasis nähern. Schütrumpf zitiert nur aus ganz wenigen Texten. Niemann blendet alle diejenigen aus, die seinen ausgesprochen waghalsigen Urteilen allzu offensichtlich widersprechen.

Wenn Schütrumpf wiederum urteilt, Levis Vorwort zu Rosa Luxemburgs Schrift »Die russische Revolution« sei erstaunlicherweise bis zum heutigen Tage nicht rezipiert worden, dann spricht das nochmals auf dramatische Weise für seine Unkenntnis der einschlä-

gigen Sekundärliteratur.²¹ Mit dieser Unkenntnis gehen verständlicherweise eine Reihe von Fehleinschätzungen einher, mit denen seine Darstellung das Werk Levis versieht. Dass er das genannte Vorwort, »dieses Stück Literatur ... als eine Art Geburtsurkunde des demokratischen Sozialismus« bezeichnet²², ist schon fast grotesk zu nennen²³. Bereits die theoretischen Debatten der Vorkriegsperiode der deutschen und internationalen Sozialdemokratie berührten immer neu die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, nicht nur, aber auch in den herausragenden Debatten über den Massenstreik bzw. die Bernsteinschen Revisionismusbestrebungen.

Spätestens aber mit dem Ausbruch der russischen Oktoberrevolution, den konkreten Maßnahmen der Machterringung und -erhaltung der Bolschewiki sowie dem Zusammenbruch der Habsburger- und Hohenzollernreiche entbrannte in der internationalen Arbeiterbewegung eine mehrere Jahre anhaltende intensive Auseinandersetzung über das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Alleine über den innersozialdemokratischen Diskussionsprozess in Deutschland und Österreich der Jahre 1918 bis 1921 (unter Einschluss der anregenden Beiträge der lange verfeimten russischen Menschewiki) habe ich auf mehreren hundert Seiten berichtet.²⁴ Wenn man also nach »Geburtsurkunden« sucht, wird man sie hier finden: in den Beiträgen von Autoren wie Karl Kautsky oder Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding oder Hermann Heller, Hugo Haase oder Otto Janssen, Otto Bauer oder Max Adler, Julius Martow oder Theodoro Dan – um nur einige der wichtigsten Autoren und Akteure zu nennen.

Politisch gesehen mag es für die heutige PDS von Bedeutung sein, im Bereich der *kommunistischen* Dissidenten nach Vorbildern zu suchen, die ihr auf dem Weg zu einem *demokratischen* Sozialismus halfen. In dieser Hinsicht steht Paul Levi jedoch »auf den Schultern« von Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Parteitheorie der Jahre 1904/05 wie ihrer frühen Kritik an den Entartungserscheinungen der russischen Revolution, wie Schütrumpf in seinem Beitrag selbst zeigt. Zudem, auch darauf weist er implizit hin, ist Paul Levi weit weniger als andere durch die Vorlage theoretisch anspruchsvoller Programmschriften hervorgetreten. Er war – zeit seines Lebens – eher der situativ agierende Realpolitiker, der begnadete Redner, der seine Einschätzungen zudem stärker als andere durch seinen juristischen Hintergrund untermauerte. Es ist deshalb auch charakteristisch für ihn (und nicht Ausdruck irgendwelchen »Totschweigens«), dass nahezu keinerlei theoretisch bedeutsame Beiträge von ihm aus der Zeit vor 1921 bekannt sind. Wer sich hingegen *wissenschaftlich* mit der Frage beschäftigt, in welchen Debatten und theoretisch anspruchsvollen Beiträgen ein spezifisch *demokratisches* Sozialismusverständnis (in Auseinandersetzung mit *autoritären* bzw. *despotischen*²⁵ Konzepten) entwickelt wurde, wird um die genannten anderen *sozialdemokratischen* Autoren und ihre Beiträge bei der Suche nach »Geburtsurkunden« nicht herum kommen.

Paul Levi und die russische Revolution

Als wesentliches Charakteristikum der Haltung des Spartakusbundes mit Blick auf die russische Revolution kann genannt werden (auch im Unterschied zu anderen Einschätzungen innerhalb der So-

1921 findet *keinerlei* Erwähnung, vielmehr lautet die Einschätzung dazu so: »Die rechten sozialdemokratischen Führer hatten sich in der Märzprovokation als Handlanger zur Durchsetzung der Politik des Monopolkapitals erwiesen. Ihr Ziel, die VKPD zu zerschlagen, erreichte die Konterrevolution jedoch nicht.« (S. 97) Derselbe Niemann urteilt dann 2004 so über die »putschistische Offensivtheorie« (Niemann 2004, S. 21): »Erst die Auseinandersetzung um die Märzaktion 1921 führt dann zum Bruch mit der KPD, bei der Levi seine Position auf *strikt marxistischer Basis* (Hervorhebung von mir, U. S.) und mit den wichtigsten Einsichten Lenins begründete.« (Ebenda, S. 19) Kommentar wohl überflüssig.

5 Argumentativ suggeriert Niemann entsprechend, dass Levi zeitlebens *kommunistisch* dachte: »Für ihn blieb gültig, dass nur der Kommunist ist, der den Anfang zum Ende führen will.« (Niemann 2004, S. 24) Er bezieht sich hier auf den Levi des Jahres 1924! Diese neuerlichen *postkommunistischen Vereinnahmungsversuche* korrespondieren auf eigentümliche Weise mit früheren *sozialdemokratischen Ausgrenzungsversuchen*. Da hieß es – ich komme darauf noch zurück – während Otto Bauer immer als *unbedingter demokratischer Sozialist* argumentiert habe, habe es sich bei Paul Levi um einen *immerfort kommunistisch argumentierenden Theoretiker* gehandelt; vgl. Gerd Storm, Franz Walter: Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? Berlin 1984, S. 6.

6 Ebenda. Quacks Arbeit gibt zwar einen guten Überblick über Levis Lebensweg und kann Genaueres über sein Verhältnis zu Rosa Luxemburg darlegen (aufgrund des spektakulären Fundes eines Briefkonvoluts auch erstmalig über ihre Liebesbeziehung). Allerdings werden die politiktheoretischen Beiträge Levis nur kursorisch beleuchtet; vgl. Quack, Sybille: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffent-

lichten Briefen, Köln 1983. Von einer durch sie begründeten »Schule« kann nicht die Rede sein. Neben der zitierten Arbeit liegen von ihr nur noch zwei – bei Schüttrumpf zitierte – bibliographische Beiträge zu Levi vor. Der an derselben Stelle – ebenfalls in der IWK erschienene Aufsatz von Ludewig datiert sogar zwei Jahre vor dem Erscheinen von Quacks Monographie! Aus demselben Jahr wie Quacks Arbeit stammt ein weiterer Text über Levi, den beide Autoren übersehen haben: Volker Gransow, Michael Krätke: Paul Levi oder das Problem, Linksozialist in der Sozialdemokratie zu sein, in: SPW 6 (1983), H. 18, S. 101 ff.; vgl. ferner Dies.: Vom »Koalitionspopo«, von unsozialistischen Praktikern und unpraktischen Sozialisten. Paul Levi oder Dilemmata von Linksozialisten in der Sozialdemokratie, in: Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt 1986, S. 134 ff.

7 Beiden Autoren entgeht auch eine wichtige »ostdeutsche« Publikation, die einen Text wie einen biographischen Beitrag über Levi enthält: Michael Franzke, Uwe Remppe (Hrsg.): Linksozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998.

8 Vgl. u. a. Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923, Düsseldorf 1973; Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969; Dirk Hemje-Oltmanns: Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21, Westberlin 1973; Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1986; Wolfgang Krumbin: Arbeiterregierung und Einheitsfront. Eine kritische Aktualisierung der Arbeiterregierungs-konzeption und Einheitsfrontpolitik aus der Weimarer Republik, Göttingen 1977; Hermann Weber: Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung,

zu der die Gruppe ja bis zur Jahreswende 1918/19 noch gehörte), dass man sie im Kontext einer europäischen revolutionären Entwicklung begriff. Sie könne lediglich als Prolog der europäischen Revolution ihr Ziel erreichen. Diese Einschätzung bleibt ein Kontinuum auch in der Haltung Paul Levis. So schrieb er noch 1925, dass es den Bolschewiki zur Ehre gereiche, dass sie ihre Revolution auf die erwartete europäische als Voraussetzung der ihrigen eingerichtet hätten.²⁶ Levis zunächst gültige unbedingte Solidarität mit dem Weg der Bolschewiki drückte sich u. a. auch darin aus, dass er zu denjenigen gehörte, die Rosa Luxemburg von einer Veröffentlichung ihrer Schrift »Die russische Revolution« noch im Jahre 1918 abbrachte.²⁷

Dies dürfte auch der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass sich seine Haltung in einem wesentlichen Punkt von der Luxemburgs unterschied. Während sie eine stärker *sozialistisch* ausgerichtete Agrarpolitik einforderte, war für ihn klar: Wer den Gutsbesitzern das Land wegnahm und den Bauern gab, der hatte die breite Masse der Bauern auf seiner Seite.²⁸ Die Bolschewiki, so schrieb er, »... führten ihre Propaganda unter der Parole: das Land den Bauern und *führten die Landverteilung sogar durch*, obgleich doch *kein* Bolschewik nicht wußte, daß das Endziel des Kommunismus nicht Landverteilung in Privateigentum der Bauern, sondern ungefähr das Gegenteil ist. Sie taten das und mußten das tun. War das ein Aufgeben des Marxismus? Mitnichten.«²⁹

Ich habe mich an anderer Stelle ausführlicher mit Levis Einschätzung und ihren zunehmenden Akzentverschiebungen auseinandergesetzt.³⁰ Hier sei zunächst – zusammenfassend – nur so viel gesagt: In dieser frühen Phase des Jahres 1921 setzte Levi (durchaus realistischer als Rosa Luxemburg) auf eine sinnvolle und langfristig angelegte Bündnisstrategie der Bolschewiki, auf eine gemeinsame Perspektive von Arbeiter- und Bauernschaft. Ende 1921 fällt seine Einschätzung schon deutlich skeptischer aus: In der Zwischenzeit habe sich der von Rosa Luxemburg prognostizierte Gegensatz zwischen Industrieproletariern und Landbesitzern unendlich vertieft. Geblieben sei nur der Wille zum Besitz auf der einen und zum Sozialismus auf der anderen Seite.³¹

Wandlungen in Levis Russlandbild

Der allmähliche Wandel von Levis Blick auf die Sowjetunion hängt unmittelbar mit den im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik ergriffenen Maßnahmen zusammen. Zunächst zeigt er noch großes Verständnis. Die bolschewistische Regierung habe so Schritte getan, die notwendig gewesen seien, um ihren eigenen Zusammenbruch zu verhindern, und zwar nach einer wahrhaft heroischen Ausschöpfung aller Mittel. Seine Einschätzung schwankt nun (Mitte 1921) zwischen dem Verständnis für unvermeidliche Schritte und der Furcht vor einer schnellen Restauration des Kapitalismus hin und her.³² Aber er warnt zugleich vor der Illusion, zu glauben, das Emporkommen eines sowjetstaatlich reglementierten und patentierten Kapitalismus beeinträchtige nicht das Wesen des Sowjetstaates. Deshalb sei diese Politik der Konzessionen letztlich doch verhängnisvoll und bedeute den Anfang vom Ende der Herrschaft der russischen Kommunisten.³³

Allerdings hatte Levi selbst den Bolschewiki auch wenig Alternativen an Vorschlägen für eine andere Politik anzubieten. Was ihnen übrig bleibe, und dieser Vorschlag war dürftig genug, sei der Weg des Appells an die Kräfte der ganzen proletarischen Klasse, wofür diese die freieste Betätigung brauche, um das Errungene mit Aufopferung und Hingabe zu verteidigen.³⁴ Besonders praktische Vorschläge für das von einer ökonomischen und politischen Krise geschüttelte Land waren das nicht. Levi sah aber durch die NEP schwerste Folgen für die Arbeiterbewegung Europas heraufziehen, weshalb man alles tun müsse, um die Selbständigkeit der Kritik an den russischen Vorgängen zu fördern – womit er u. a. die Herausgabe von Luxemburgs Gefängnisschrift begründete.³⁵

Jetzt, im Sommer 1921, setzte er und mit ihm die KAG auf die Arbeiteropposition innerhalb der russischen KP³⁶, später auf die Linksoption. Mit dem Kronstädter Aufstand im März 1921 – den er nur als den äußeren Ausdruck, als das Symbol dafür begriff – hatte für ihn die russische Revolution ihren Thermidor erreicht, aus der russischen Revolution wurde die russische Reaktion.³⁷ 1918 seien die Bolschewiki mit sozialistischen Zielsetzungen angetreten, 1921 hätten sie nur noch kapitalistische.³⁸ Wie sehr er nun die russische Revolution und die sie tragende Partei abgeschrieben hatte, soll folgendes Zitat veranschaulichen:

»... das *schwerste Gewicht* (Hervorhebung von mir, U. S.), das heute auf dem Sozialismus lastet, heißt Rußland, und wenn Kritik an Rußland vermag, die schwere Lage des Sozialismus zu erleichtern, so gestehen wir: uns ist das Schicksal des sozialistischen Gedankens, des dauernden Interesses der Arbeiterklasse wertvoller als der verblässende Ruhm selbst der glänzendsten und ruhmvollsten Episode der proletarischen Geschichte – aber eben einer Episode.«³⁹

Levi blieb natürlich nicht verborgen, dass die Perspektiven der russischen Revolution eng mit dem Verhältnis von Arbeitern und Bauern verknüpft blieben. Die Hungersnot des Jahres 1921 lasse, so Levi im Mai 1922, die Bauern zu Millionen verhungern.⁴⁰ Zugleich, so nun sein Befund, seien in Russland nun Bauern und Arbeiter endgültig zu antagonistischen Klassen geworden. Die Bauernschaft sei nunmehr einheitlich, geschlossen, unerschütterlich antisozialistisch und konterrevolutionär. Die Bolschewiki hätten aber zugleich ihre soziale Basis bei den Arbeitern verloren, wie die Ereignisse des Kronstädter Aufstandes bewiesen hätten. Die Konzessionen an die Bauern im Rahmen der NEP zeigten, dass sich die Bolschewiki für die stärkeren Bataillone, die Bauern, entschieden hätten. Deshalb könne man auch nicht mehr von einer Diktatur des Proletariats sprechen. Vielmehr verberge sich hinter dem Vorhang der Sowjetherrschaft die Diktatur einer kleinkapitalistischen Bauernklasse.⁴¹ Er sieht die Bolschewiki mit großem Eifer bei der Arbeit, bewusst und absichtlich die kapitalistische Basis der Wirtschaft auszubauen, bei gleichzeitigem Festhalten an der Staatsgewalt, und zwar mit allen Mitteln, um die kapitalistische Wirtschaft und ihre Formen zu beeinflussen. Damit würden sie das Proletariat notwendigerweise in eine Oppositionsstellung zwingen.⁴²

1927 hatte er seine Position endgültig der ursprünglichen von Rosa Luxemburg angepasst: Hatte ihm die Agrarpolitik der Bol-

Hannover 1969; Ders.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969.

9 Vgl. hierzu insbesondere Bernd-Dieter Fritz: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPD und SAP, Bonn 1966 (Phil. Diss.). Es ist kaum verständlich, dass diese zugleich einzige wie wegweisende Arbeit über die von Levi gegründete und geführte kommunistische Zwischengruppe bei Schürumpf wie Niemann völlig unbeachtet bleibt.

10 Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Köln 1975; Ders.: Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten i.T. 1976; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution, Ithaca/London 1975; Dan Lincoln Morill: The Independent Social Democratic Party of Germany and the Communist International, March 1919 – October 1920, Diss., Emory University 1966; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Berlin/Wien 1975 [1975 a]; Ders.: Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis, in: Vierteljahresshäfte für Zeitgeschichte 23 (1975), H. 2, S. 117 ff. [1975 b].

11 Vgl. u. a. Benno Fischer: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Bern/New York 1987; Helga Grebing: Die linken Intellektuellen und die gespaltene Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Ein Überblick, in: Ulrich von Alemann u. a. (Hrsg.): Intellektuelle und Sozialdemokratie, Opladen 2000, S. 78 ff.; Richard N. Hunt: German Social Democracy 1918-1933, Chicago 1970; Alfred Kastning: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970; Günter Könke: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen

Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924-1932), Stuttgart 1987; Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf, a. a. O.; Rosemarie Leuschen-Seppel: Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29, Bonn 1981; Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar/Köln/Wien 1995; Richard Saage: »Gleichgewicht der Klassenkräfte« und Koalitionsfrage als Problem sozialdemokratischer Politik in Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen, in: Ders.: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt 1983, S. 107 ff.

12 Vgl. insbes. Arnetta Ament Jones: The Left Opposition in the German Social Democratic Party 1922-1933, Phil. Diss., Emory University 1968; Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, 2 Bde., Münster 1983; Ernst Wolowicz: Linksoption in der SPD von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAP 1931, 2 Bde., Bonn 1983; Ulrich Heinemann: Linksoption und Spaltungstendenzen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Bd. 2, Frankfurt 1978, S. 118 ff.; Jungsozialisten in der SPD Landesverband Bremen (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen: Der Kampf gegen die »Nachrüstung« in der Weimarer Republik, Bremen 1983 (mit Auszügen aus Texten und Reden Levis).

13 Ernst-Victor Rengstorf: Links-Opportunisten in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe«, Hannover 1978.

schewiki zunächst noch als *marxistisch* gegolten, so bezeichnete er sie nun als ihren ersten grundlegenden Irrtum. Damit hätten sie selbst die Ursache für die Schärfe des nun existierenden Gegensatzes zwischen Proletariat und Bauernschaft geschaffen. Diese Einschätzung erscheint mir durchaus fragwürdig, weil er die Konsequenzen der Alternative nicht ernsthaft diskutiert. Hätten die Bolschewiki von Anfang an auf eine »sozialistische« Lösung der Agrarverhältnisse gesetzt, wären sie mit großer Wahrscheinlichkeit ziemlich schnell politisch am Ende gewesen. Bedeutsamer erscheint mir deshalb nur Levis Hinweis auf den zweiten grundsätzlichen Fehler zu sein: »War die Landüberlassung theoretisch ein Fehler, praktisch aber unvermeidlich, so mußte die Partei in ihrer Zielsetzung das bekennen. Statt das zu tun, machte sie aus ihrem Fehler eine Theorie: die Theorie von der Interessensolidarität zwischen Arbeiter und Bauern.«⁴³ Levi verwies damit – im übrigen nicht zum ersten Mal – auf einen wesentlichen Grundzug der theoretischen Dogmatisierungstendenzen bei Lenin und im zeitgenössischen Bolschewismus, der sich verheerend in der internationalen Arbeiterbewegung auswirkte.

»das Leidvollste, das die proletarische Geschichte kennt«

Levis Einschätzung der russischen Revolution selbst erfährt im Laufe der Zeit auch rückblickend eine wichtige Veränderung. 1924 stellt er erstmals – zwar nicht ihre Legitimation, aber doch – ihre Erfolgsmöglichkeit infrage: »Wahr ist *vielleicht* auch ..., daß der geschichtliche Moment für eine Machtergreifung in Rußland noch nicht gekommen gewesen sei und daß viele Methoden falsch waren. Aber niemand hat je bestritten, daß auch im März 1871 in Frankreich nicht der Zeitpunkt für eine Machtergreifung des Proletariats gekommen war ...«⁴⁴ Levi bewegte sich damit im Rahmen eines Argumentationsmusters, wie es Karl Kautsky seit den ersten Monaten nach der Revolution verfochten hatte, und für das er von der Linken in der Sozialdemokratie wie in der KPD heftig angefeindet worden war.

Das Ergebnis – so resümierte er Ende der zwanziger Jahre – sei eine geradezu »schmähliche russische Wirtschaft«.⁴⁵ Die Sowjetmacht sei im Innern antiproletarisch und arbeiterfeindlich geworden, ihr Ziel sei kein sozialistisches mehr. Der Grund: Die Bolschewiki hätten die Gegenrevolution in sich selbst vollzogen.⁴⁶ Aus diesem Grunde gab es für Levi auch keine Grundlage für Solidarität mehr. Er geißelte das russische Bonzentum, die Herrschaft einer Clique, die sich längst von allen Massen losgelöst habe und hinter den Zinnen des festummauerten Kreml niste, von dort ausziehe und alles Lebende erschlage. Das sei das spezifisch russische an der augenblicklichen Herrschaftsform.⁴⁷ Seine ganze Abscheu, die nahezu ausnahmslose Verurteilung des Bestehenden in der Sowjetunion kommt in folgender Passage zum Ausdruck (auch wenn er die Schuld an diesem Befund einleitend nur zur Hälfte den Bolschewiki alleine zugestehen will):

»... gerade das, was sie für die schönste und jüngste Frucht am Baume revolutionärer Erkenntnis gehalten haben, daß eine einzige patentierte revolutionäre Partei eine Klasse führen, gängeln, lenken und – nach Bedarf – auch kommandieren und schurigeln könne, ge-

rade diese Methode hat die in der revolutionären Arbeiterschaft lebendigen Kräfte aller – auch moralischer – Art ertötet und hat die politische Bewegtheit der Revolution verwandelt in das kalte Schachspiel von ein paar Bonzencliquen, die glauben, allen moralischen Geboten dadurch enthoben zu sein, daß sie die Amoralität zum Prinzip erheben.«⁴⁸

Es herrsche der Geist der wesenlosen Diktatur, der über dem Beamtentum noch die Bespitzelung installiert habe. Dieser Geist über jenem Beamtentum, der wirke wie Heuschrecken nach Raupenfraß, zerstöre, was der Bürokratismus noch übrig gelassen habe. Schon letzterer habe die wenigen zur Aufbauarbeit vorhandenen Talente in ein bürokratisches Joch eingespannt.⁴⁹ Diese Diktatur habe alles zertritten, und die lebendigen Kräfte des russischen Volkes seien lahmgelegt. Dass so eine Diktatur so wirke, das sei nicht neu. Aber so ein System mit dem Namen Sozialismus zu belegen und damit nicht nur sich selbst, sondern den Sozialismus insgesamt zu kompromittieren, das sei neu. Diese *Karikatur von Kommunismus* sei nichts besseres als der Kapitalismus. Je mehr der Sozialismus davon abricke, umso mehr gewinne er an sittlicher Kraft, das zu tun, worin der Bolschewismus versagt habe: dem Schlechten etwas Besseres entgegen zu setzen.⁵⁰ Hören wir ein letztes Zitat:

»Jener Prozeß der Erstarrung, wie das, was 1917 war, zu dem ward, was 1927 ist, ist wie der Beginn das Wundervollste, so das Leidvollste, das die proletarische Geschichte kennt.«⁵¹

Nochmals zusammengefasst: Ich halte Levis Einschätzungen zur sowjetrussischen Entwicklung in mancherlei Beziehung für zu schematisch, ziehe ihr die differenzierteren Betrachtungen der russischen Menschewiki wie der österreichischen Sozialdemokraten um Otto Bauer vor. An dieser Stelle kam es mir nur darauf an, etwas genauer darzulegen, dass es nicht angeht, Paul Levis Lebensweg, dazu noch bzgl. seiner Zeit als linker Flügelmann in der Weimarer Sozialdemokratie, dazu zu benutzen, ihn zum zeitlebenden Leninisten und unerschütterlichen Freund der Sowjetunion zu stilisieren, wie das bei Niemann geschieht, um damit letztlich die eigene unkritische Sicht auf die sowjetische Geschichte zu kaschieren.

Sicher: es lässt sich trefflich darüber streiten, was es heißt, zum »Feind der Sowjetunion (habe) er sich nicht machen lassen«⁵². Man kann ja auch der Sache und dem Anliegen verpflichtet bleiben, möglicherweise sogar authentischer als die Protagonisten selbst, ohne deren Wendungen mitzumachen bzw. weiter zu unterstützen. Der von Niemann suggerierte Eindruck, er könne sich mit seiner eigenen, bis heute eher apologetischen Haltung zum Bolschewismus und Leninismus auch auf Paul Levi als Kronzeugen berufen, muss jedoch mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Paul Levis Stellung in der intellektuellen Debatte um Demokratie und Diktatur

Obwohl zu vermuten steht, dass Paul Levi auch in den Kriegs- und Revolutionsjahren in seinen Grundauffassungen von Rosa Luxemburg geprägt gewesen sein dürfte (hierzu wären genauere Studien erforderlich), so kann für seine publizistische Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus der KPD zunächst noch gesagt werden, dass er sich um

14 Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993; Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995.

15 Auch die Arbeit von Weißbecker fußt auf einer recht engen Quellenlage. Allerdings zeichnet sie sich durch ein hohes Maß an kritischer und selbstkritischer Differenziertheit aus; vgl. Manfred Weißbecker: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1993.

16 Vgl. Klaus-Peter Wolf: Editorial, in: SPW 1(1978), H.1, S. 3. Dort wird darauf verwiesen, dass diese Neugründung – sicherlich zufällig – genau 50 Jahre nach der Vereinigung von Levis SPW mit der von Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz geprägten Publikation »Der Klassenkampf« im September 1928 erfolgte. Das Editorial folgte daraus: »Die Linke kann nur offensiv gemeinsam handeln und somit an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen, wenn es gelingt, unterschiedliche Standpunkte schrittweise zu vereinheitlichen. Marxisten arbeiten auch deshalb in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, weil sie meinen, daß die Überwindung der Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit der Linkskräfte von der sozialdemokratischen Linken ... eingeleitet werden muß.« (Ebenda)

17 Vgl. u. a. Detlev Albers u. a. (Hrsg.): Otto Bauer – Theorie und Politik, Berlin 1985; Ders. u. a. (Hrsg.): Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/New York 1979; Christoph Butterwegge: Zur Kritik des Austromarxismus und seiner »Wiederentdeckung« in der Gegenwart, in: ders.: Marxismus. SPD. Staat, Frankfurt 1981; Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hrsg.): Otto Bauer (1881-1938). Theorie und Praxis, Wien 1985; Uli Schöler: »Otto Bauer – nein danke?« Austromarxismusdiskussion und historische Bezüge

für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten, Berlin-West/Bremen 1984; Ders.: Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin (West) 1987.

18 Vgl. Storm, Walter 1984; Schöler 1984; Michael Scholing, Gerd Storm, Franz Walter: Otto Bauer und die Chancen einer marxistischen Realpolitik in der Weimarer Republik, in: Juso-Hochschulgruppen (Hrsg.): Sozialdemokratischer Marxismus, Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Nr. 64, August 1985, S. 11 ff.; Michael Scholing: Arme spw – armer Otto Bauer, in: Sozialist 10 (1985), H. 1, S. 20 ff.; Uli Schöler: Vom schwierigen Umgang mit der Geschichte. Uli Schöler antwortet Michael Scholing, in: ebenda, H. 3, S. 28 ff. (Teil 1); H. 4, S. 16 ff. (Teil 2); Detlef Lehnert: Otto Bauer. Ein linkssozialistischer Grenzgänger zwischen Reformsozialismus und Kommunismus?, in: ebenda, S. 22 ff.

19 Vgl. insbes. Uli Schöler: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 – 1929), Hamburg/Münster 1990, 2 Bände; siehe aber auch Horst-Dieter Beyerstedt: Marxistische Kritik an der Sowjetunion in der Stalinära (1924-1953), Frankfurt/Bern/New York 1986; Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

20 Niemann 2004, S. 17.

21 Schütrumpf 2003, S. 336. In der zuvor zitierten Arbeit gehe ich an den unterschiedlichsten Stellen gerade auf diesen Text ein. Da ich nicht nur Politikwissenschaftler, sondern selbst auch Jurist bin, liegen bei mir auch nicht die sprachlich-argumentativen Schranken vor, denen Schütrumpf die mangelnde Rezeption geschuldet glaubt. Selbstverständlich ist dieser Text auch in Arbeiten anderer Autoren herangezogen worden.

22 Ebenda.

eine größtmögliche Übereinstimmung mit den Grundlinien des *bolschewistischen* Denkens bemühte. Es ging ihm darum, zu zeigen, dass sich die neue KPD-Führung auf putschistischen Abwegen befand. Zugleich stellte er sich aber noch hinter die Positionen Trotzki und Radeks, wonach die Diktatur des Proletariats nur möglich sei als Diktatur seiner bewussten Vorderreihen, d. h. als Diktatur der Kommunistischen Partei. Er betonte die Notwendigkeit der organisatorischen und ideologischen Geschlossenheit der KP, wobei das Kernproblem der lebendige Zusammenhang mit der breiten Masse des Proletariats sei.⁵³ Zwar erinnert letztere Wendung an Formulierungen Rosa Luxemburgs, ansonsten hatte allerdings diese *bolschewistische* Positionierung weder mit ihrer, noch mit zeitgenössischen linkssozialdemokratischen Vorstellungen von einer *demokratisch verstandenen* Diktatur des Proletariats etwas zu tun, auch nicht mit den entsprechenden Auffassungen bei Marx und Engels.⁵⁴

Aber selbst an dieser Stelle lässt er es an Kritik an der konkreten Politik der Bolschewiki nicht fehlen. Er moniert die verordnete allgemeine Versammlungspflicht, wo bei Strafe Leibes oder Lebens das verordnete Parteireferat zur Kenntnis genommen werde. Lediglich stürmischer Beifall und begeisterte Zwischenrufe seien bisher noch nicht verordnet. In gleicher Weise wendet er sich gegen die Abschaffung aller anderen Parteien. Dies sei deswegen falsch, weil die Massen in einem dialektischen Prozess nur dadurch lernten, dass auch die Fehler und Abirrungen in konkreter Form, parteimäßig, vor ihr Auge treten würden. Zugleich wendet er sich gegen den Gedanken einer Erziehungsdiktatur, wie sie im bolschewistischen Konzept angelegt war.⁵⁵

Will man also im Umfeld der PDS von den kritischen Interventionen Paul Levis lernen, dann wird man sich auch diesen – noch unvollkommenen und widersprüchlichen – Positionierungen zuwenden müssen. Denn sie werfen – mit Blick auf die ersten Jahre der russischen Revolution – drei kritische Fragen auf (die jeweils Grundfragen der russischen Revolution berühren). War es richtig – wie Lenin und seine Anhänger –, auf ein politisches Bündnis nur mit den Linken Sozialrevolutionären zu setzen, statt – wie es eine Gruppe um Sinowjew, Kamenew und andere favorisierte – auf eine Koalitionsregierung aller sozialistisch orientierten Kräfte zu setzen? War es richtig, die Konstituierende Nationalversammlung nach ihrem Zusammentreten auseinander zu jagen, statt – wie es Rosa Luxemburg gefordert hatte – Neuwahlen anzuberaumen? War es richtig, wie es Lenin vorzuwerfen ist, nach dem Ende des Bürgerkrieges sein Versprechen zu »vergessen«, die anderen Parteien wieder zu legalisieren und den normalen Parteienwettbewerb zuzulassen, und stattdessen auch noch die letzte (neben der eigenen) verbliebene »halblegale« Partei, die Menschewiki, ins Exil zu treiben?

Die Art der Fragen legt *meine* Antworten nahe: Nein, alle diese Entscheidungen haben sich als für die russische wie die internationale Arbeiterbewegung verheerend ausgewirkt. Auch Paul Levi hat die Verbannung der anderen sozialistischen Parteien scharf kritisiert und sich zum konkreten Fall der menschewistischen, sozialdemokratischen Partei folgendermaßen geäußert: Gerade sie seien, trotz aller Fehler »... doch Teil der großen revolutionären Arbeitermasse

gewesen ..., die 1917 gegen den Zaren, die (im Bürgerkrieg) 1918 gegen die Tschechoslowaken, die 1919 gegen Koltschak und Jude-nitsch, die 1920 gegen Wrangel gestanden hat.«⁵⁶ Statt einer produktiven Klärung, so Levi zwei Jahre später, habe die russische Revolution die schwierige Frage des Verhältnisses der verschiedenen Arbeiterschichten zueinander nur durch die Guillotine gelöst.⁵⁷ Wer über *demokratischen* Sozialismus sprechen möchte, wird diesen Fragen nicht ausweichen können. Während Schütrumpf diese Fragen nicht wirklich aufwirft, legt die Lektüre des Textes von Niemann die bis heute vertretene Auffassung nahe, unter meines Erachtens nicht zutreffender, diesen verkürzend wiedergebenden Berufung auf Paul Levi an der Option *sozialistischer Minderheitsherrschaften* festhalten zu wollen.⁵⁸

Bereits in einem Text aus dem Oktober 1921 wird deutlich, dass Levi sich aufgrund der kritischen Auseinandersetzung mit der Haltung der KPD wie der KI von derartigen Auffassungen verabschiedet hatte. Seinem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ließ er nun eine Abgrenzung zu all denjenigen folgen, die darunter das Kommando irgendeiner noch so energischen und klugen Minderheit verstanden. Und auch die junge Weimarer Republik stellte für ihn jetzt – ohne Ewigkeitswert zu besitzen – eine verteidigungswerte Regierungsform dar.⁵⁹ Dieser noch sehr situativ geprägten Positionsbestimmung folgte dann wenige Monate später die sehr viel detaillierter ausgearbeitete Neubestimmung seines Verhältnisses zu Demokratie und Diktatur in Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburgs Schrift »Die russische Revolution«, in denen er noch weit schonungsloser mit den Bolschewiki und den russischen Zuständen ins Gericht ging. Da Schütrumpf daraus ausgiebig und zustimmend zitiert hat, kann eine nochmalige detaillierte Wiedergabe und Wertung an dieser Stelle unterbleiben. Ich werde nur im konkreten Zusammenhang mit den Fragen der Parteitheorie und den 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale nochmals darauf zurück kommen. Ein anderer Text aus dem Jahre 1927 zeigt allerdings nochmals, wie schonungslos später sein Fazit in diesem Zusammenhang ausfiel, und wie wenig Niemann recht hat, wenn er ihn weiter *bolschewistisch* zu interpretieren versucht: »Praktisch aber – und die Praxis ward bald Lehre – haben die Bolschewiken stets Diktatur und Aufhebung der Demokratie für identisch gehalten und niemals irgendwelche demokratische Anwendung gezeigt.« Die Diktatur aber, so fügte er an, die keine Demokratie als Mittel kenne, könne nur den Terror kennen.⁶⁰

Die 21 Aufnahmebedingungen

der Kommunistischen Internationale und die Spaltung der USPD

Lenins Parteitheorie spielte nicht nur eine bedeutende Rolle beim Parteibildungs- bzw. -spaltungsprozess innerhalb der russischen Sozialdemokratie, sondern auch im Prozess der Neuformierung der internationalen Arbeiterbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Mit den 21 Aufnahmebedingungen reagierten Lenin und die Führung der KI⁶¹ auf eine sich neu herausbildende *dritte Kraft* innerhalb der Arbeiterbewegung, zwischen einer stärker reformerisch agierenden klassischen Sozialdemokratie und den sich neu formie-

23 Diese Kritik teilt auch Niemann: »Natürlich ist sie das nicht.« (Niemann 2004, S. 24) Ihm ist auch da zuzustimmen, wo er auf den Kontext mit der spezifischen zeitgenössischen sowjetrussischen Praxis und der Rolle der Bolschewiki verweist. Anders als Niemann halte ich diese Positionsbestimmungen allerdings schon für verallgemeinerungsfähig. Seine Intention geht hingegen dahin, Levi zum (sicherlich unbrauchbaren) Kronzeugen vermeintlich »marxistischer« Kritik an Visionen eines »demokratischen Sozialismus« im Parteiprogramm der PDS zu machen.

24 Schöler 1990, Bd. 1, S. 252 ff.

25 Vgl. den Titel meiner entsprechenden Arbeit in Anlehnung an eine von Otto Bauer für den sowjetischen Weg entwickelten begrifflichen Formel: »Aber wenn das Sozialismus ist, so ist es doch ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus.« (Otto Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie?, Wien 1920, in: Ders.: Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976, S. 291)

26 Paul Levi: Einleitung zu: Trotzki, 1917 – Die Lehren der Revolution [1925], in: Ders.: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt 1969, S. 146.

27 Ders.: Vorwort zu Rosa Luxemburg »Die russische Revolution« [1921 b], in: ebenda, S. 96.

28 Ders.: Unser Weg. Wider den Putschismus [1921 a], in: ebenda, S. 51.

29 Ebenda, S. 53.

30 Schöler 1990, Bd. 1, S. 239 ff.

31 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg »Die russische Revolution« [1921 c], in: Levi 1969, S. 106 f.

32 Ders.: Von den Konzes-sionen, in: Unser Weg (Sowjet), H. 6, 15. Juli 1921, S. 167 ff.

33 Ebenda, S. 171.

- 34 Ebenda, S. 171 f.
- 35 Ders., 1921b, S. 97.
- 36 Ders.: Wie weiter in Rußland?, in: Sowjet, H. 4, 15. Juli 1921, S. 118 [1921 d].
- 37 Ders.: Ihre Gefängnisse, in: Unser Weg (Sowjet, H. 10, 25. Mai 1922, S. 226.)
- 38 Ders., 1921c, S. 99 f.
- 39 Ders.: Einiges über die russische Außenpolitik, in: Unser Weg (Sowjet, H. 6, 1. April 1922, S. 126.)
- 40 Paul Levi: Genua, in: Unser Weg (Sowjet, H. 9, 6. Mai 1922, S. 206.)
- 41 Ders.: 1921 c, S. 108, 125.
- 42 Ders.: »Der Sieg«, in: Unser Weg (Sowjet, H. 17, 29. September 1922, S. 353), Ders.: Opposition, in: Unser Weg (Sowjet, H. 20/1922), in: Ders. 1969, S. 184 f.; Ders.: Taktische Fragen, in: Unser Weg (Sowjet, H. 1/2, 15. Januar 1922, S. 25.)
- 43 Ders.: Zurück vom Leninismus, in: SPW vom 8. Juli 1927 [1927a], in: Ders. 1969, S. 148. Problematisch erscheint mir allerdings hier die Entgegensetzung von theoretisch falsch und praktisch unvermeidlich zu sein, die suggeriert, dass es die eine abstrakt richtige Theorie gibt, die zudem noch von je nationalen wie zeitbedingten Besonderheiten abstrahiert.
- 44 Ders.: Sachverständigen-gutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin 1924, S. 18.
- 45 Ders.: Die Donezkverschwörung, in: SPW Nr. 12, 23. März 1928 [1928 a].
- 46 Ders.: Der Umsturz in Rußland, in: SPW Nr. 30, 29. Juli 1926.
- 47 Ders.: Das Ende eines Schwindels, in: SPW Nr. 27, 6. Juli 1928 [1928 c].
- 48 Ders.: Das große Rätsel, in: SPW Nr. 19, 11. Mai 1928 [1928 b].
- 49 Ders., 1928 c.

renden kommunistischen Parteien. Diese sich ebenfalls revolutionär verstehenden linkssozialistischen Parteien, in Deutschland verkörpert durch die USPD, verhehlten zwar nicht ihre Sympathie für die russische Revolution, lehnten aber die *bolschewistischen Methoden* für die anders gearteten west- und mitteleuropäischen Verhältnisse ab. Mit ihrem Massenanhang und ihrer Wählerunterstützung drohten sie, den kommunistischen Bewegungen den Rang abzulaufen. Darauf reagierte die KI mit Aufnahmebedingungen, die unter Zugrundelegung der bolschewistischen Organisationsprinzipien die Spreu vom Weizen trennen sollte.

Der Kongress der KI verabschiedete diese Bedingungen, die u. a. folgende Regelungen enthielten: völlige Unterstellung der Presse und der Verlage unter den Parteivorstand (§ 1); regelrechte und planmäßige Entfernung von Reformisten und Zentrumsleuten aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (§ 2); Schaffung eines parallelen illegalen Organisationsapparates (§ 3); Entlarvung von Sozialpatriotismus und -pazifismus (§ 6); Anerkennung und Propagierung des vollen Bruchs mit dem Reformismus und mit der Politik des »Zentrums« (bei Namensnennung von unter anderem Kautsky und Hilferding als »notorische Opportunisten«, die nicht das Recht haben sollen, als Angehörige der KI zu gelten) (§ 7); Organisierung von der Partei vollständig untergeordneten kommunistischen Zellen in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften (§ 9); Bruch mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (§ 10); Beseitigung aller unzuverlässigen Elemente aus den Parlamentsfraktionen, Unterordnung der Fraktionen unter die Parteivorstände (§ 11); Ausstattung der Parteivorstände mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen (§ 12); Säuberungen der Partei von Zeit zu Zeit zu ihrer systematischen Reinigung (§ 13).⁶²

Man braucht schon ein gerüttelt Maß an Abstraktionsvermögen, um sich aus heutiger Sicht überhaupt vorstellen zu wollen, dass es über ein derartiges *despotisches*, von oben und außen diktiertem Parteikonzept überhaupt eine ernsthaft positive Auseinandersetzung gegeben hat. Ausgesprochen naheliegend erscheint mir hingegen eine Reaktion zu sein, wie sie in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen USPD-Zeitschrift »Freiheit« erfolgte. Sie klassifizierte einzelne Paragraphen so: § 1: Diktatur der »Bonzen«; § 2: planmäßiger Hinauswurf; § 3: Zwang zur Geheimbündelei; § 9: die Sprengzellen; § 11: die Blutprobe der Abgeordneten; § 13: planmäßiges Spitzeltum.⁶³

Paul Levi hatte sich bereits auf diesem zweiten KI-Kongress, der schließlich die Bedingungen annahm, dagegen gewandt, eine Liste von *organisatorischen* Bedingungen für die Zulassung zur Komintern aufzustellen und stattdessen gefordert, die USPD mit eindeutigen politischen Prinzipien zu konfrontieren.⁶⁴ Rückblickend sah er in ihnen verächtlich ein bloßes Advokatenwerk.⁶⁵ Levis Ausgangspunkt in der Beurteilung der Gründe für diesen Konflikt ist zunächst kulturhistorisch geprägt. In Russland sei die Arbeiterbewegung unter einem feudalistisch-mittelalterlichen, halbasiatischen Absolutismus geformt worden, in Deutschland unter den Verhältnissen einer bürgerlichen Demokratie. Das müsse auf die Organisationsform zurück-

wirken.⁶⁶ Entsprechend habe der Bolschewismus seit seiner Entstehung gewisse bakunistische Züge angenommen, etwas Sekten- und Verschwörerhaftes. Für ihn steht fest, dass sich in der Auseinandersetzung um die 21 Aufnahmebedingungen ein Konflikt wiederholt, wie er schon zu Beginn des Jahrhunderts zwischen Lenin und Rosa Luxemburg ausgetragen worden war: Es zeige sich erneut die unterschiedliche Sichtweise des Verhältnisses von Partei und Massen, in der Trennung der Revolution in ein System von Vorhut, Vortrupp und Masse.⁶⁷ Seit dieser Zeit existiere in der Arbeiterbewegung zu dieser Frage eine gegensätzliche Weltanschauung.⁶⁸

Von seiner zwischenzeitlichen, oben dargelegten Auffassung der Notwendigkeit einer ideologisch geschlossenen Partei verabschiedete sich Levi nach seiner Rückkehr in die Sozialdemokratie (über die Rest-USPD in die wiedervereinigte VSPD) bald. Nun spricht er davon, dass die ideologischen Gegensätze, die in der Arbeiterbewegung vorhanden seien und sein müssten, in den verschiedenen Massenorganisationen in Europa ihr Gefäß hätten.⁶⁹ Dass sich eine solche Sicht nicht mit einer ideologisch geschlossenen Partei verträgt, die zwar mit den Massen verbunden, aber organisatorisch von ihnen getrennt ist, liegt auf der Hand. Er spricht nun die Differenz auch offen aus: Lenins tiefster Irrtum liege in seiner Auffassung, man könne eine Partei absondern, sie in Reinkultur hegen wie im Laboratorium und sie durch »Reinigung« unverändert halten oder immer besser machen.⁷⁰

Bezogen auf die 21 Bedingungen zieht er ein nüchtern-negatives Fazit. Seiner Auffassung nach waren sie zwar nicht alleine oder hauptverantwortlich für die Spaltung der USPD – eine aus meiner Sicht anfechtbare Position. Diese sei auch aufgrund ihrer inneren Heterogenität auseinandergefallen. Jedoch hätte nur eine Stärkung der sozialrevolutionären Tendenz als Ergebnis diese Spaltungsoperation rechtfertigen können. Weder sei aber eine einheitliche kommunistische Massenpartei gebildet worden, noch sei nach dem Hallenser Spaltungsparteitag der USPD überhaupt ein Zustand eingetreten, den man als Fortschritt gegenüber vorher bezeichnen könne.⁷¹

Diesen – meines Erachtens völlig zutreffenden – Befund möchte ich anhand einiger Fakten unterstreichen. So sehr sich die meisten herausragenden Führer der USPD-Linken für den Anschluss an die Komintern unter Akzeptieren all der genannten unwürdigen Bedingungen eingesetzt hatten, so sehr und schnell wurde ein großer Teil von ihnen in kürzester Zeit innerhalb der KPD und der KI zutiefst enttäuscht. Mit Ausnahme von Walter Stoecker und Wilhelm Koenen begegnen uns alle führenden Köpfe der Linken auf dem Weg über die KAG zurück in die USPD und dann in die vereinigte SPD: Ernst Däumig, Richard Müller, Curt Geyer, Otto Braß, Bernhard Düwell, Adolph Hoffmann und einige mehr waren nicht bereit, den von der Komintern forcierten putschistischen Putsch mitzumachen und verließen die Partei. Herausragende Bedeutung innerhalb der Arbeiterbewegung erlangte von diesen in der Revolutionsperiode führenden Vertretern der Arbeiterbewegung keiner mehr. Mit ihnen verschwand eine ungezählte Anzahl weiterer Arbeiterfunktionäre, die in den Jahren 1918 bis 1920 an der Spitze des deutschen Proletariats gestanden hatten, aufgrund der Spaltungsprozesse der Jahre 1920/21 resigniert von der Bühne des politischen Geschehens.

50 Ders., 1928a; 1928 b.

51 Ders., 1928 b.

52 So Niemann 2004, S. 17.

53 Levi 1921 d, 108.

54 Vgl. dazu detailliert Schöler 1990, Bd. 1, S. 256 ff.

55 Levi 1921d, S. 116 ff.

56 Ders., 1921c, S. 131.

57 Ders.: Zum 1. Mai, in: SPW Nr. 19 vom 27. April 1923.

58 Vgl. Niemann 2004, S. 19, 23 f.

59 Paul Levi: Zum Mord an Erzberger. Aus einer Reichstagsrede vom 1. Oktober 1921 [1921 e], in: Levi 1969, S. 230 ff.

60 Ders.: Der Terror in Rußland, in: Der Klassenkampf Nr. 3, 1. November 1927, S. 85 f. [1927 b].

61 Ob nun diese Bedingungen, wie bislang in der Literatur ganz überwiegend angenommen, von Lenin oder – wie Ulla Plener im Anschluss an J. Wurche meint – Sinowjew formuliert wurden, scheint mir nicht entscheidend zu sein; vgl. Ulla Plener: Lenin über Parteidisziplin, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/1998, S. 58. Mir ist nicht bekannt, dass Lenin ihren Inhalt jemals infrage gestellt bzw. die mit ihrer Anwendung intendierten Folgen bedauert hätte. Plener hat zwar recht, wenn sie darauf hinweist, dass Lenins theoretisches Agieren immer situationsbedingt war. Gerade dagegen richtete sich ja die Kritik von Levi und anderen, dass er und die Bolschewiki dazu neigten, aus jeder taktischen Wendung nachträglich eine Theorie zu zimmern. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über mögliche demokratische Anwendungen Lenins im innerparteilichen Zusammenhang, wie sie Plener anstellt, erscheinen mir angesichts seines grundsätzlichen Verhältnisses zu den Aktionsmöglichkeiten konkurrierender sozialistischer Parteien (jenseits aller »Partei-theorie«) im hier interessierten Zeitraum doch ausgesprochen realitätsfern zu sein. Dies lässt

sich nämlich für die Zeit nach dem Ende des Bürgerkrieges mit folgendem Zitat charakterisieren (das Paul Levis Einschätzung unterstreicht, der Bolschewismus habe das Verhältnis der sozialistischen Parteien zueinander durch die Guillotine »gelöst«): »Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre, die allesamt solche Dinge (letztlich sozialdemokratische Auffassungen, U. S.) predigen, wundern sich, wenn wir erklären, daß wir Leute, die so etwas sagen, erschießen werden ... Wer den Menschewismus öffentlich manifestiert, den müssen unsere Revolutionsgerichte erschießen lassen, sonst sind das nicht unsere, sondern wer weiß was für Gerichte.« (Lenin, Wladimir Iljitsch, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) an den XI. Parteitag, 17. März 1922, in: Ders.: Werke Bd. 33, Berlin 1971, S. 269) Angesichts derartiger Auslassungen erscheint es mir völlig inakzeptabel zu sein, wenn Plener in ihrem Aufsatz an verschiedenen Stellen den Versuch unternimmt, Lenins Parteiverständnis als eine lineare Fortentwicklung des Disziplinverständnisses in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie zu klassifizieren; vgl. Plener 1998, S. 58, 62.

62 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Herausgegeben von Hermann Weber, Hannover 1966, S. 55 ff.

63 Zit. nach Franz Klühs: Die Spaltung in der U.S.P.D., Berlin [1920], S. 5 ff.

64 Paul Levi in: Der Zweite Kongreß der Kommunist. Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 361; vgl. dazu auch Wheeler 1975a, S. 224.

65 Ders.: Warum gehen wir zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei?, in: Unser Weg, H. 16/1922, in: Levi 1969, S. 182.

66 Ders.: Taktische Fragen, in: Unser Weg (Sowjet), H. 1/2, 15. Januar 1922, S. 31.

Derartige Verluste gab es jedoch nicht nur bei den führenden Funktionären. Im Herbst 1920, d. h. zum Zeitpunkt der USPD-Spaltung, zählte die Partei knapp 900 000 Mitglieder, die KPD knapp 80 000. Nach der Spaltung, d. h. im April 1921, wurden noch 340 000 verbleibende USPD-Mitglieder gezählt. Die Angaben darüber, wie viele Mitglieder der Linken den Weg zur VKPD mitmachten, schwanken beträchtlich, zwischen 428 000⁷² und 280 000⁷³. In jedem Falle steht fest, dass nur ein Teil der Anhänger der USPD-Linken die Vereinigung mit der KPD mitvollzog, wobei sich die Schätzungen, wieviele Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung links von der MSPD verloren gingen, auf 20 Prozent⁷⁴ bzw. mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft⁷⁵ belaufen. Die gleichen Effekte lassen sich anhand der Wahlergebnisse feststellen. Der Zusammenschluss zur VKPD führte nicht zu einem Aufschwung bei den Wahlen, vielmehr dürften 20 bis 30 Prozent der ehemaligen USPD-Wähler ihre Stimme nicht mehr an die Parteien links von der MSPD gegeben haben.⁷⁶

Die mit der Spaltung beabsichtigte Zielsetzung, eine Spaltung des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung zu erreichen, schlug mittelfristig ins Gegenteil um. Nach der »Märzaktion« 1921 und der Abspaltung der KAG verlor die KPD nochmals fast 100 000 Mitglieder⁷⁷, wobei die Zahlen auch in den Folgejahren weiter rückläufig waren. Stattdessen war die existierende, an Mitgliedschaft wie bei Wahlen im Wachsen begriffene und im Frühsommer 1920 auch programmatisch relativ geschlossen dastehende linke Massenpartei des deutschen Proletariats, die USPD, zerschlagen worden. Ich kann mich nur dem Urteil von Wheeler anschließen, der feststellt, dass die mit den 21 Bedingungen betriebene Spaltung nicht zur Klärung und Stärkung der revolutionären Linken, sondern zu einer anhaltenden Verwirrung und permanenten Schwächung des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung geführt hat.⁷⁸

Diesem Urteil dürfte sich Paul Levi rückblickend sicherlich angeschlossen haben.⁷⁹ Wer sich politisch wie wissenschaftlich mit Levi auseinandersetzt, kommt um diese Schnittstelle seines politischen Wirkens und seine Haltung dazu nicht herum. Während Schütrumpf sich diesen Fragen nicht wirklich stellt, wird in Niemanns Beitrag mehr als deutlich, dass er Levis Einschätzungen nicht wirklich teilt⁸⁰, seinen Weg zurück in die Sozialdemokratie für einen Fehler hält. Denn, so Niemann: »Eine linke Opposition innerhalb einer reformistischen Partei hat objektiv die Funktion des »nützlichen Idioten«, sie verstellt den Blick auf den wahren Charakter der verfolgten Politik und hilft den Reformisten, ihren Einfluss zu behalten.«⁸¹ Es macht die Sache nicht besser, dass Niemann hier – welche Ironie – zugleich seinen eigenen Standort innerhalb der PDS beschreibt.

Levis Standort in der Sozialdemokratie der 20er Jahre

Paul Levis Weg zurück in die Sozialdemokratie – über die USPD in die 1922 wiedervereinigte Sozialdemokratische Partei – vollzog sich verständlicherweise mit Aspekten von Kontinuität wie von Positionsveränderungen. Avantgardistische Parteivorstellungen gehörten nun bei ihm der Vergangenheit an. Das hatte er aus seinen Auseinandersetzungen in der KPD und in und mit der Komintern gelernt. Spiegelbildlich zu seinen kritischer werdenden Stellungnahmen zur

sowjetrussischen Entwicklung erfolgte auch eine Neubewertung des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und demokratischer Republik. Die junge Weimarer Republik hielt er nun – anders als die Mehrzahl der Kommunisten – für verteidigungswert, ohne ihr Ewigkeitswert zuzugestehen.⁸² Das Bekenntnis zu dieser Regierungs- und Staatsform im Heidelberger Programm von 1925 ging ihm zwar zu weit. Er kritisierte, dass die dem bürgerlichen Staat gegenüber feindliche Stellung der Sozialdemokratie so nicht ausreichend zum Ausdruck gebracht worden sei. Er wollte dies aber zugleich nicht als Absage an die Demokratie verstanden wissen. Diese sei aber nur in einem anderen Staat zu verwirklichen als in dem, der vom Bürgertum beherrscht werde.⁸³

Vom gegenüber der Mehrheitslinie der KPD kritischen »Rechtskommunisten« war er nun zum linksoppositionellen Sozialdemokraten geworden. Dabei verleugnete er nicht, wo er herkam. Trotz aller aktuell sich verschärfenden Kritik an den russischen Zuständen pochte er in den innersozialdemokratischen Programmdebatten darauf, dass man auch im Rückblick noch von den Bedingungen und Formen der russischen Revolution lernen könne und müsse. Dem Programmentwurf der österreichischen Partei gesteht er dieses Lernen zwar zu; es geht ihm aber nicht weit genug. Die Tatsache, dass Lenin im entscheidenden Augenblick mit den Sowjets die Form für die Idee der Revolution gefunden habe, sei nicht verarbeitet worden.⁸⁴

Es mögen derartige Vorschläge gewesen sein, die Levi auch später erneut den Vorwurf eingehandelt haben, er sei ein zeit seines Lebens kommunistisch argumentierender politischer Kopf geblieben.⁸⁵ Hinzu kommt der bei Niemann ausführlich beschriebene Gesichtspunkt, dass Levi derjenige war, der am intensivsten auf der sozialdemokratischen Linken die Koalitionspolitik der Mehrheit der Partei auch mit bürgerlichen Parteien kritisierte.⁸⁶ Die genannte Charakterisierung geht jedoch fehl. Zwar blieb es dabei, dass Levi auch das mit Korrekturen nach links beschlossene Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokraten als »brav demokratisches« Programm ironisierte, dem er – zu Unrecht – einen geradezu zwangsläufigen Optimismus vorwarf. Gewisse Zweifel an seinem demokratischen Bekenntnis nährte Levi im übrigen weiterhin selbst, und zwar dort, wo er formulierte, Herrschaft sei eben ein Gewaltverhältnis, und Gewalt könne sich selbst keine Grenzen setzen. Die einmal eroberte Staatsgewalt müsse das Proletariat mit allen Mitteln verteidigen.⁸⁷ Wer Levis Positionierungen in Auseinandersetzung mit den Bolschewiki und seine Kritik an der von ihnen aufrechterhaltenen Minderheitsdiktatur nicht zur Kenntnis nimmt, kann daraus natürlich folgern, darin stecke sein bedingungsloses Bekenntnis zur Minderheits Herrschaft.⁸⁸ Aber so – ich habe es ausführlich gezeigt – ist Levi wohl nicht zu verstehen. Im Rückblick fällt auch sein Urteil über die österreichische Schwesterpartei und ihr Programm deutlich positiver aus: Er lobt die Stärke und Geschlossenheit der SDAP und hebt hervor, dass sich in ihr die Doktrin des Marxismus in größerer Klarheit erhalten habe als anderswo; austro zwar, aber doch Marxismus.⁸⁹

So bleibt Paul Levis Stellung in der Weimarer Sozialdemokratie eingeklemmt zwischen Kritik von links und rechts. Den einen ist er nicht sozialdemokratisch genug. Heinrich August Winkler wirft ihm

67 Ders.: Rosa Luxemburg und die russische Revolution, in: Leipziger Volkszeitung Nr. 24, 29. Januar 1923 [1923 b].

68 Ebenda sowie Ders.: Brief an Clara Zetkin vom 23. September 1921, in: Ders. 1969, S. 137.

69 Ders.: Die Lage nach Rathenaus Tod, in: Unser Weg, H. 12-13/1922, in: Ders. 1969, S. 243.

70 Ders., 1921c, S. 128. Man sieht, auch Levi schrieb die 21 Bedingungen Lenin zu.

71 Ders.: Zum Stand der proletarischen Bewegung in Deutschland, in: Rote Revue, H. 4, Dezember 1922, S. 129 f. [1922 a]; Ders.: Die politische Lage und die Aufgabe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, in: Sowjet, H. 15, Dezember 1921, S. 411.

72 Vgl. Wheeler 1975a, S. 62; 1975 b, S. 148.

73 So Horst Naumann: Der Kampf des revolutionären Flügels der USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD. Unter besonderer Berücksichtigung der Hilfe durch die Kommunistische Internationale und die KPD, Diss., Berlin 1961, S. 309. Flechthelm nennt die Zahl 300 000 unter Berufung auf Angaben von Wilhelm Pieck aus den Jahren 1922/23; vgl. Flechthelm 1969, S. 157.

74 Wheeler 1975 a, S. 264; 1975 b, S. 148.

75 Krause 1975, S. 219.

76 Wheeler 1975 a, S. 267; 1975 b, S. 150.

77 Vgl. die unterschiedlichen Zahlen einerseits bei Wheeler 1975a, S. 263 und Flechthelm 1969, S. 168.

78 So Wheeler 1975 b, S. 18 f.; ähnlich das Urteil bei Peter von Oertzen: Arbeiterbewegung und Demokratie. Zu Heinrich August Winklers Werk über »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1933«, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVIII, 1988, S. 501.

79 Dies lässt sich schon daraus ablesen, dass er rückblickend bereits das Ausschneiden der Spartakusgruppe aus der USPD für Ausdruck von Sektendenken hält, als den schwersten Fehler bezeichnet, den sie in der Revolution gemacht hätten; Levi 1922a, S. 131 f.

80 Anders wohl Weißbecker 1993, S. 6, der zudem auf den beschämenden Umstand hinweist, dass bei der üblichen Trauererhebung für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Levi nicht nur die nationalsozialistische Fraktion, sondern auch die kommunistische den Plenarsaal verließ; ebenda, S. 8.

81 Niemann 2004, S. 22.

82 Levi 1921e. Hier traf er sich im übrigen fast wortgleich in den Formulierungen mit Clara Zetkin, die ebenfalls kritisch zum aktuellen Kurs der KPD stand, sie anders als Levi aber nicht verließ; vgl. das Zitat bei Weißbecker 1993, S. 13 f.

83 Ders.: Rede, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 286.

84 Ders.: Das neue österreichische Parteiprogramm, in: SPW, Nr. 33, 19. August 1926.

85 Vgl. nochmals Storm, Walter 1984, S. 6; kritisch dazu: Schöler 1985; Gransow, Krätke 1986, S. 147 f.

86 Vgl. im einzelnen Niemann 2004, S. 21 f. Da dieser Gesichtspunkt dort näher ausgeführt wird, wird hier auf eine detaillierte Wiedergabe verzichtet.

87 Paul Levi: Das österreichische Parteiprogramm, in: SPW, Nr. 45, 11. November 1926.

88 So Niemann 2004, S. 19, 23 f.

89 Paul Levi: Die Tragödie Österreichs, in: Der Klassenkampf, Nr. 19, 1. Oktober 1929, S. 582.

90 Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Ar-

in seiner großen Darstellung der zeitgenössischen Arbeiterbewegung vor, er sei auch nach seiner Trennung von der KPD »immer noch von vulgärdemokratischen Illusionen erfüllt« gewesen und habe als Quertreiber innerhalb der SPD agiert.⁹⁰ Spiegelbildlich die Kritik der späten DDR-Geschichtsschreibung, von der Niemann auch rückwirkend immer noch glaubt, sie sei Levi besser gerecht geworden. Levis Programmkritik in Heidelberg wie seine oppositionelle Haltung in der Weimarer Sozialdemokratie wurden darin nur insoweit gewürdigt, wie sich an ihnen die opportunistische Haltung der Sozialdemokratie als solcher »nachweisen« ließ. So hieß es angesichts seiner Parteitagsrede 1925, dass die Auseinandersetzung einige entscheidende Ursachen für die Schwäche der gesamten Linksoption offenbart habe:

»Sie resultierte vornehmlich aus der zunehmenden Verschüttung marxistischen theoretischen Denkens bei großen Teilen der Mitgliedschaft einschließlich der linken Kräfte. Auch die führenden Köpfe wie Levi waren nicht zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Programm fähig ... Sie scheuten ... davor zurück, sich marxistisch-leninistische Positionen und Einschätzungen zu den jüngsten Entwicklungen zu eigen zu machen.«⁹¹

Die Folie ist also klar: Die – heute mit Levi als putschistisch kritisierte – Politik der KPD war der Gradmesser ebenso wie die stalinistische Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ähnlich verfuhr man mit Levis Kritik an der sozialdemokratischen Koalitionspolitik Ende der zwanziger Jahre. Seine Kritik war da »willkommen«, wo sie die Schwächen dieser Politik vor Augen führte. Die reichlich platten Schlüsse dürfte Levi aber kaum geteilt haben: Erneut habe sich gezeigt, dass es keinen dritten Weg zwischen den Interessen der übergroßen Volksmehrheit und dem Häuflein monopolkapitalistischer Großaktionäre gegeben habe und habe geben können.⁹² Die dürften wohl auch einer Partei zu weit gehen, die heute auf der neuen Suche nach einem dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Leninismus ist.

Paul Levi heute

Anders als Schütrumpf und Niemann glaube ich nicht, dass es die Realitäten am Beginn des 21. Jahrhunderts möglich machen, umstandslos aus Paul Levis Lebensweg und politisch-theoretischen Positionsbestimmungen lernen zu können. Zu deutlich unterscheiden sich die Herausforderungen, denen sich linke Parteien heute gegenüber sehen von denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das heißt jedoch nicht, dass es ohne Erkenntnisgewinn bliebe, wenn man sich heute mit Paul Levi auseinandersetzt.

Wer dies tut, muss sich jedoch – anders als Schütrumpf – mit dem ganzen Levi beschäftigen, darf sich nicht – aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit – die eine oder andere vermeintlich »demokratisch-sozialistische Geburtsurkunde« herauspicken wollen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat theoretisch ausgereifere Denker und Köpfe zu bieten, die den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus – mit und ohne Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell – differenzierter und klarsichtiger herausgearbeitet haben. Ferner ist der Paul Levi des Jahres 1921 – auch für die PDS – nicht

ohne seine Auseinandersetzung mit dem Leninschen Parteikonzept zu haben, wie sie sich insbesondere in seiner Kritik an den 21 Aufnahmebedingungen der Komintern und ihren verheerenden Folgen ausdrückten.⁹³ Die Konsequenz, die Levi daraus zog, war die unterschiedene Absage an die bolschewistische Parteitheorie und die Absonderung kommunistischer Parteien von der großen Masse der Arbeiter, die sich in der Sozialdemokratie organisierten. Seine Konsequenz war die Rückkehr in die Sozialdemokratie.

Gänzlich ungeeignet ist eine »Revitalisierung« Levis, die ihn wie Niemann – als angeblich immerwährenden Freund der Sowjetunion – seiner kritischen Position zur sowjetischen Entwicklung entkleidet. Nur so lässt er sich – nachdem aus dem M-L der »Marxismus« geworden ist – für angeblich »marxistische« Positionen in der PDS instrumentalisieren, hinter denen sich doch schlecht verhüllt weiterhin eher der Leninismus verbirgt. Ohne Levis kritische Absagen an die Behauptung der bolschewistischen diktatorischen Minderheits-herrschaft zur Kenntnis zu nehmen, wird er so zu einem angeblichen Kronzeugen für despotische Sozialismuskonzepte auch noch heute. Umstandslos und ohne nähere Analyse der Vergleichbarkeit historischer Situationen wird in dieser Betrachtung aus dem Kritiker der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit dem katholischen Zentrum Ende der zwanziger Jahre ein Kronzeuge für eine zeitlos verstandene prinzipielle Oppositionshaltung sozialistischer Parteien in einem bürgerlich-kapitalistischen System. Ein Schelm, wer da vermutet, hier sei eine Grundsatzkritik an den Länderkoalitionen der PDS mit der SPD gemeint. Das ist schon eine tolle Volte: Paul Levi, der linke Sozialdemokrat der späten 20er Jahre als Bezugspunkt für die Kritik eines heutigen Leninisten daran, dass eine postkommunistische Partei mit Sozialdemokraten koalitiert!

beiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 555.

91 Autorenkollektiv 1982, S. 169.

92 Ebenda, S. 231.

93 So auch Weißbecker 1993, S. 11. Seiner Schlussfolgerung kann ich durchaus zustimmen: »Mehr Demokratie *in* den, *mit* den und *durch* die Parteien – das muß durchaus keine Utopie sein, an deren Unerfüllbarkeit künftig immer noch aufrechte Menschen zu zerbrechen drohen.« (Ebenda, S. 22)